

HERBERT TUMPEL

PRÄSIDENT DER BUNDESARBEITSKAMMER



## Von der Krise in der Bildung zur Strategie des „Lebensbegleitenden Lernens“

Österreichs Bildungswesen ist in einer veritablen Krise. Versäumnisse und fehlende Investitionen in die Hebung der Begabungsreserven wirken langfristig und diese Wirkungen werden sukzessive sichtbar. Ein nicht unbedeutender Teil von Jugendlichen bleibt weiter ohne Ausbildung; viel zu wenige schließen mit Matura ab; Plätze in der Berufsausbildung fehlen. Und Versäumtes nachzuholen ist in Österreich ungewöhnlich schwierig.

Entscheidend für Fortschritte bei Wachstum und Beschäftigung sind gut ausgebildete Facharbeitskräfte, die in einer Wissensgesellschaft am aktuellen Qualifikationsstand sind und so im globalisierten Wettbewerb über hohe Produktivität zum Standorterhalt wesentlich beitragen.

Die Bedingungen im Bildungssystem aber – von der mangelnden Förderung in der Schule über die mangelnde Betreuung an den Hochschulen bis zum geringen Angebot an Weiterbildung für Beschäftigte – stellen derzeit viele Schüler, Studierende und weiterbildungsinteressierte Erwachsene vor sozial bedingte Hürden beim Zugang zum Lernen, zur erforderlichen Qualifikation.

Kompensationsmaßnahmen für öffentliche Defizite (Nachhilfe, Privatschulen, lange Studiendauer, zu wenig staatliche Weiterbildungsförderung etc.) verlangen auch einen hohen Einsatz privater Mittel, was viele vom Lernen ausschließt.

Vier Baustellen charakterisieren den Zustand des österreichischen Bildungswesens.

### **Baustelle 1: Schulwesen**

Österreichs Schulwesen ist dringend reformbedürftig. Die Ergebnisse der PISA-Tests zeigen eindrucklich, dass viele Schüler zum Zeitpunkt der Beendigung der Schulpflicht weit hinter den europäischen Vergleichswerten zurückliegen und ihnen dementsprechend die notwendigen qualitativen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt bzw. in eine weiterführende Ausbildung fehlen.

Dieser Umstand führt dazu, dass rund 80.000 Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren in Österreich keine über die Pflichtschule hinausführende Ausbildung vorweisen können. Aber auch die Zahl jener Schüler, die überdurchschnittliche Leistungen erbringen können, liegt unter dem europäischen Durchschnitt.

Dazu kommt, dass weiterhin strenge soziale Selektion im Schulwesen vorherrscht, was zur Folge hat, dass Kinder aus einkommensschwachen Haushalten deutlich schlechtere Chancen auf höhere Bildung haben und eine Vielzahl von Begabungen der Gesellschaft verloren gehen.

Ein verpflichtendes Vorschuljahr ist aus Sicht der Arbeiterkammer (AK) ein notwendiger entscheidender Schritt, um frühzeitig soziale Defizite auszugleichen.

### Baustelle 2: Berufsbildung

Die Möglichkeit zur weiterführenden Ausbildung nach der Pflichtschule wird für Jugendliche immer wichtiger. Ressourcen und Begabungen vieler Jugendlicher werden derzeit verschwendet, indem ihnen zuwenig oder häufig die falschen Ausbildungsplätze angeboten werden. Statt Förderung wird streng selektiert, und in den berufsbildenden Schulen gibt es enorme Drop-out-Raten. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit demotiviert breite Teile unserer gesellschaftlichen Zukunftsträger. Die viel zu geringen



Investitionen der letzten Jahre in die Ausbildung der Jugendlichen führen nicht nur unmittelbar bei den Betroffenen zu zahlreichen Problemen, sondern auch mittel- und langfristig für die gesamte Gesellschaftsentwicklung, da Entwicklung und Wohlstand des Landes wesentlich vom Bildungs- und Qualifikationsniveau der künftigen Arbeitnehmer abhängig sind. Die Höhe des erreichten Bildungsniveaus steht in engem Zusammenhang mit individuellen Parametern wie Arbeitslosigkeit oder Einkommen sowie mit generellen wie Innovationskraft einer Wirtschaft.

Der Anpassungsprozess zwischen den Ausbildungsangeboten und den Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ist in Österreich ungenügend entwickelt. Starre Schul-

strukturen konservieren Ausbildungen im landwirtschaftlichen Bereich, in Textil- und Modeschulen oder im Produktionssektor. Die Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich sind den Ländern oder dem Gesundheitsministerium zuzuordnen, es besteht keine durchlässige Verbindung zu den schulischen Erstausbildungsstrukturen. Außerdem mangelt es den Jugendlichen in Österreich durch einen demotivierenden Mathematik- und Naturwissenschaftsunterricht (von allen PISA-Teilnehmerländern haben sie am wenigsten Freude an diesem Unterricht) am Interesse an einer höheren Ausbildung in diesem Bereich (daher: offene Plätze an technischen Fachhochschul-Studiengängen, Rückgang bei den Technikstudierenden an der Universität).

Entscheidend wird sein, ob das Regierungsvorhaben „Ausbildungsgarantie bis 18“, das von Arbeitnehmerseite als besonders wichtig hervorgehoben wurde und wo die Sozialpartner intensivst an konkreten Umsetzungsvorschlägen arbeiten, rasch realisiert werden kann.

### Baustelle 3: Universität

Der AK als Arbeitnehmerinteressenvertretung sind besonders die Interessen und Bedürfnisse von berufstätigen Studierenden ein Anliegen: Die letzte Studierenden-Sozialerhebung 2002 hat ergeben, dass rund zwei Drittel aller Studierenden während des Semesters berufstätig sind. Berufstätige Studierende sind bekanntlich eine „bunte Mischung“: Viele nehmen im Lauf des Studiums eine Berufstätigkeit auf, es gibt aber auch zahlreiche Arbeitnehmer, die ein Studium mit der Motivation „Höherqualifizierung“ beginnen. Studierende

aus sozial schwächeren Schichten sind in einem höheren Ausmaß berufstätig.

Die Studienbedingungen für berufstätige Studierende sind vielfach trist. Bei einer AK-Umfrage an vier großen Universitäten hat nur jeder Sechste angegeben, dass auf Studierende, die nebenbei arbeiten müssen, Rücksicht genommen wird. Eigene berufsbegleitende Studiengänge, die im Fachhochschulbereich rund ein Drittel ausmachen, gibt es auch in großen Studienrichtungen mit vielen erwerbstätigen Studierenden nicht.

Fehlendes Lehrveranstaltungsangebot, problematische Öffnungszeiten von Instituten, mangelnde Erreichbarkeit von Lehrenden, rigide Anwesenheitspflichten bei Bachelorstudien, unzureichende Stipendien etc. behindern Studierende am Fortkommen beim Studium und verhindern die Aufnahme eines Studiums für berufstätige Interessierte.

Die Folgen all dieser Hürden sind bekannt: Lange Studiendauer und hohe Dropout-Raten sind seit langem ein wenig rühmliches Kennzeichen des österreichischen Universitätssystems. Insgesamt ist Österreich bei der Ausbildung von Hochqualifizierten im Vergleich zu anderen OECD-Ländern zurückgefallen. So konnte Österreich den Anteil von Hoch- und Fachhochschulabsolventen (Tertiärbereich A) pro Jahrgang zwischen 2000 und 2004 von 16,0% auf 19,6% steigern. Die meisten OECD-Länder machten aber weit größere Fortschritte, sodass im OECD-Durchschnitt mittlerweile 34,8% eines Jahrgangs einen Abschluss im Tertiärbereich A vorweisen können (OECD-Durchschnitt im Jahr 2000 bei 27,5%). Mittlerweile bildet im

OECD-Raum somit nur noch die Türkei weniger Akademiker pro Jahrgang aus als Österreich.

An den Universitäten und im Wissenschaftsministerium ist aus AK-Sicht zentrales Anliegen, dass die Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Studium (Anrechnung von Berufserfahrung; Fernlehre; ...) an die Spitze der Reformprioritäten rückt.

#### **Baustelle 4: Weiterbildung von Arbeitnehmern**

Entscheidend für Fortschritte bei Wachstum und Beschäftigung sind gut ausgebildete Facharbeitskräfte, die in einer Wissensgesellschaft am aktuellen Qualifikationsstand sind und so im globalisierten Wettbewerb über hohe Produktivität zum Standorterhalt wesentlich beitragen.

Weiterbildung führte in den letzten Jahren ein Schattendasein auf der politischen Agenda. Angesichts der demografischen Entwicklung (Alterung der Gesellschaft) und dem Umstand, am Arbeitsmarkt nur mehr mit aktuellen Qualifikationen ausgestattet bestehen zu können, sind Investitionen in die Weiterbildung von Arbeitnehmern heute zentral geworden.

Österreich liegt im europäischen Vergleich weit hinter den führenden Nationen zurück: Arbeitnehmer in Österreich können in ihrem Berufsleben 422 Stunden an berufsbezogener Weiterbildung erwarten, in Dänemark dagegen 934 Stunden, in der Schweiz 723 Stunden und in Frankreich 713 Stunden.

Privat wenden die Österreicher für ihre Weiterbildung in Summe 800 Mio EUR im Jahr auf. Die Be-

triebe zahlen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten in Summe 907 Mio EUR im Jahr.

Bescheiden wirken dagegen die Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung: Bund, Länder und Gemeinden kamen im Jahr 2004 zusammen auf 297 Mio EUR für die Förderung der Weiterbildung – das entspricht 2,3 % der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben. Wobei mehr als die Hälfte der öffentlichen Aufwendungen für Weiterbildung in die Schulen für Berufstätige fließen (166,1 Mio EUR).



Schweden (Bund und Kommunen) gibt 9,1 % seines öffentlichen Gesamtbildungsbudgets für die Erwachsenenbildung aus (2005), dieser Prozentsatz liegt viermal über dem von Österreich und in absoluten Ziffern sind das beeindruckende 2,042 Mrd EUR (ohne Arbeitsmarktservice), also siebenmal soviel (und zwar bei gleicher Einwohnerzahl) wie die öffentliche Hand in Österreich aufwendet!

Und es fehlt an Unterstützung und Initiativen, die es Arbeitnehmern möglich machen, auch die Zeit für Weiterbildung aufzubringen. Geschieht die Weiterbildung nicht im Betrieb, was tendenziell nur für hochqualifizierte jüngere Arbeitnehmer wahrscheinlich ist, muss die Weiterbildung neben der regulären Arbeitszeit geschehen, was

angesichts familiärer Verpflichtungen, langer Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, flexibler Arbeitszeiten etc. immer schwieriger wird.

Wie in Vorbildländern seit Jahrzehnten üblich, muss auch in Österreich das Nachholen von Bildungsabschlüssen bis zur Matura aus AK-Sicht gebührenfrei möglich sein, damit Versäumtes rasch nachgeholt werden kann.

### Schlussfolgerungen

Ein „Haus des Lebensbegleitenden Lernens“ – durch die Entwicklung und Umsetzung einer kohärenten Gesamtstrategie zum Lebensbegleitenden Lernen – muss geschaffen werden.

Diese Strategie benötigt klare Ziele, einen Zeitplan, die Einbeziehung aller relevanten Akteure und die kontinuierliche Evaluierung ihrer Umsetzung.

Vorrangiges Ziel dieser Strategie muss es sein, die Bildungschancen für alle ohne soziale Zugangsbarrieren zu sichern. Wenn das Bildungssystem von Anfang an allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Begabungspotenziale (Hebung von Begabungsreserven) bietet, wird die Grundlage für eine Verbesserung des Bildungsniveaus und für eine Höherqualifizierung der zukünftigen Beschäftigten gelegt.

Alle von dieser Bundesregierung zu setzenden Bildungsmaßnahmen müssen das Ziel haben, den breiten Zugang zur Bildung zu fördern und auszubauen. Auf diese Weise könnten die Mittel, die zur Zeit für „Reparaturmaßnahmen“ zu einem späteren Zeitpunkt (z. B. Hauptschulabschlusskurse; Wiederholen) aufgewendet werden, verringert werden.

Neben der Zuführung zusätzlicher Mittel zur Sicherstellung einer guten Umsetzung der angegebenen Ziele muss es durch Strukturreformen gelingen, Umschichtungen zugunsten der vorgesehenen Reformmaßnahmen durchzuführen.

Eine Bildungsstrategie muss sich an klaren Vorgaben orientieren. Für die AK sind folgende Benchmarks entscheidend, damit Bildung nachhaltig Wachstum und Beschäftigung unterstützt:

- Anhebung des Anteils der Jugendlichen mit positivem Pflichtschulabschluss: Ziel: Halbierung des Anteils Jugendlicher ohne positiven Abschluss auf 2 % eines Jahrgangs
- Anhebung des Anteils Jugendlicher mit abgeschlossener weiterführende Ausbildung auf über 90 % der 20- bis 24-Jährigen
- Anhebung des Maturantenanteils auf 50 %
- Anhebung des Akademikeranteils auf den OECD-Durchschnitt
- Anhebung des Anteils von Frauen mit Abschlüssen in naturwissenschaftlich-technischen Ausbildungen
- Verdoppelung der Beteiligungsquote bei Weiterbildung 